

## enable-Kolumne

# Der Mittelstand zahlt die Zeche

von Sebastian Theopold

**Lange Zeit predigte die Finanzbranche den freien Markt. Jetzt, wo dieser zusammenbricht, stellt sie der Staat unter Artenschutz. Mittelständischen Unternehmen wird solche Hilfe nicht zuteil. Im Gegenteil: Sie müssen das Debakel ausbaden.**

Der amerikanische Staat stellt 700 Mrd. Dollar zur Verfügung, um das Finanzsystem zu stützen. In Deutschland bringt sich der Bund in Zusammenarbeit mit den privaten Banken fürs Erste mit rund 50 Mrd. Euro zur Rettung der Hypo Real Estate ein. Zusätzlich gibt die Bundeskanzlerin den Anlegern mit einer Staatsgarantie für private Spareinlagen eine Zusage, die mehr als 1000 Mrd. Euro abdeckt.

Je länger die Finanzkrise jetzt andauert, umso bizarrer werden die Auswirkungen und umso hilfloser agieren die wirtschaftspolitischen Akteure. Mittlerweile wirkt das, was uns die Finanzwelt in den letzten Jahren als den freien Markt verkauft hat, wie eine lose Kanone an Deck, die nicht mehr zu beherrschen ist.

Alle Handlungen und Maßnahmen, die gegenwärtig eingeleitet werden sind "ex post" und immer wieder haben wir den Eindruck, dass sie nicht ausreichen, um die Situation zu heilen. Verflogen scheint die selbstheilende Kraft des Marktes mit der die Finanzjongleure aller Couleur diejenigen besänftigten, die schon vor Jahren auf die Risiken der Kapitalmarktexzesse hinwiesen.

### Deregulierung als Mittel zur Selbstbereicherung

Noch vor wenigen Monaten forderte die Finanzbranche weitere Deregulierungen für ihr Treiben. Der Staat sollte zum reinen Nachwächterstaat werden, den Banken und Kreditinstituten möglichst freie Hand lassen.

Schon fast gebetsmühlenartig verkündeten die Bankenvorstände, dass sich der Markt selbst reguliert und die ihm innewohnenden Kräfte stets auf Balance aus sind. Speziell Amerikaner und Briten lehnten jegliche Art der staatlichen Einflussnahme auf den Bankensektor kategorisch ab.

Die Folgen dieser pseudoliberalen Ordnung bringen die oben genannten Zahlen eindrucksvoll zum Ausdruck. Pseudoliberal deshalb, weil mit diesen Forderungen das grundsätzlich sinnvolle Gedankengut liberaler Wirtschaftspolitik in Misskredit gebracht wird.

### Der Staat soll nicht steuern sondern planen

Walter Eucken, deutscher Ökonom und Gründer der Freiburger Schule, war der Ansicht, dass es bei liberaler Wirtschaftspolitik nicht um die Frage geht, ob mehr oder weniger Staatstätigkeit angezeigt ist. Der Staat solle sich weder darin üben, den Wirtschaftsprozess zu steuern noch die Wirtschaft komplett sich selbst zu überlassen. Vielmehr muss die Wirtschaftspolitik die Formen der Zusammenarbeit planen, aber nicht den Wirtschaftsprozess selbst lenken.

Dass die internationale Wirtschafts- und Finanzpolitik genau an dieser Stelle versagt hat, zeigen die hektischen und zum Teil sehr unprofessionell wirkenden Rettungsversuche der vergangenen Tage. Der Mangel an Formen und Regeln, die zum einen mehr Transparenz geschaffen hätten und zum anderen die jetzt sichtbar werdenden Exzesse gar nicht erst zugelassen hätten, sind schuld an der Misere.

Während sich die Wirtschaft außerhalb der Finanzbranche den normalen Kräften des Marktes stellt und das Konsolidieren und Bereinigen in allen Branchen dazugehört, entpuppt sich die Finanzbranche als eine ganz besondere Spezies. In den Jahren der Gewinnexplosion sonnt man sich im eigenen Erfolg und übt sich in scheinbarer Unfehlbarkeit. Jetzt, da sich das Blatt gewendet hat, wird ein Artenschutzzaun um die Bankenwelt herum gezogen. Vielleicht lässt sich die Politik noch eine Art Fangquote für notleidende Kreditinstitute einfallen.

Eigentlich ist die Situation viel zu ernst, um darüber zu schmunzeln, denn in der letzten Konsequenz wird es der Mittelstand sein, der die Zeche für diese Verfehlungen zahlen wird. Unternehmen mit durchschnittlichen Renditen werden auf die Kostenbremse treten müssen, Arbeitsplätze abbauen und sich schon jetzt auf schwierige Verhandlungen mit ihren Geldgebern einstellen.

### Mittelstand darf nicht allein gelassen werden

Die meisten Unternehmen werden deutlich langsamer wachsen und einige von ihnen empfindliche Rückgänge hinnehmen müssen. Und wie es in der freien Wirtschaft eben so ist, werden die Märkte dann um genau diese Unternehmen "bereinigt". Schon heute stellen wir von der [Munich Strategy Group \(MSG\)](#) fest, dass die Zeichen branchenübergreifend auf Konsolidierung stehen. Unternehmen die in ihren Märkten nicht zu den Top Fünf zählen,

werden es schwer haben, sich der Entwicklung zu entziehen und ihre Selbstständigkeit zu wahren.

In dieser Situation bleibt der Mittelstand sich selbst überlassen. Im Gegensatz zur Finanzbranche erhält er wenig Artenschutz. Ganz im Gegenteil: Die Politik lässt sich immer weitere Schikanen einfallen, welche die Unternehmen hierzulande im internationalen Konkurrenzvergleich benachteiligen statt sie zu stärken.

Mindestlohn, Erbschaftssteuer, Mehrwertsteuer, um nur einige der jüngsten Einfälle zu nennen. Offen bleibt nur die Frage, wie lange sich die Politik derartige Schnitzer noch erlauben kann, denn die Milliarden Euro an Rettungsgeldern, die aktuell den Banken zu Gute kommen, stammen zu einem erheblichen Maße aus Einnahmen, die der Staat dank der mittelständischen Wirtschaft erzielt hat. Vielleicht wäre es gerade jetzt an der Zeit, den Mittelstand steuerlich zu entlasten und bürokratische Hindernisse aus dem Weg zu räumen.

FTD.de, 08.10.2008

© 2008 Financial Times Deutschland, © Illustration: FTD.de

#### ZUM THEMA

- [enable-Kolumne: Kein Kredit mehr für den Mittelstand?](http://www.ftd.de/karriere_management/gruendung/:enable-Kolumne-Kein-Kredit-mehr-f%FCr-den-Mittelstand/416225.html)  
(http://www.ftd.de/karriere\_management/gruendung/:enable-Kolumne-Kein-Kredit-mehr-f%FCr-den-Mittelstand/416225.html)
- [enable-Kolumne: Wagniskapitalbranche schöpft Hoffnung](http://www.ftd.de/karriere_management/gruendung/:enable_Kolumne_Wagniskapitalbranche_sch%F6pft_Hoffnung/401533.html)  
(http://www.ftd.de/karriere\_management/gruendung/:enable\_Kolumne\_Wagniskapitalbranche\_sch%F6pft\_Hoffnung/401533.html)